

Geschäftsverteilungsplan
des
Amtsgerichts Mönchengladbach

2025

**A. Verteilung der richterlichen
Geschäfte**

2-38

- I. Familiensachen- und
Betreuungssachen **2-12**

- II. Straf- und
Bußgeldsachen **13-29**

- III. Insolvenz-, Grundbuch und
Handelsregister-
sowie Zivil-, Nachlass- und
Zwangsvollstreckungs-
sachen **29-38**

B. Allgemeine Bestimmungen

38-57

C. Richterlicher Bereitschaftsdienst

57

D. Richterlicher Notfalldienst

57-59

E. Anlagen (Richterlisten)

60-62

Vorbemerkung:

In diesem Geschäftsverteilungsplan wird bei den Regelungen, die allgemeiner Art sind, für die Richterinnen und Richter zur besseren Lesbarkeit nur die männliche Form verwendet.

A. Verteilung der richterlichen Geschäfte

Es bearbeiten:

I.

Familien- und Betreuungssachen

1. Richter am Amtsgericht Keutmann

a)

seinen bisherigen Bestand der Abteilungen 25 und 42 und die im Turnussystem für die Abteilung 25 und – soweit eine Bearbeitung durch den Richter in Betracht kommt - 42 eingehenden Familiensachen sowie die in Sachen des Familiengerichts anfallenden Rechtshilfeersuchen einschließlich der FH-Sachen,

Turnuszahl in Abteilung 25: 5

Turnuszahl in AR-Sachen und in Abteilung 42: 1

Geht eine Adoptionssache ein, ist diese für Abteilung 25 unter Anrechnung auf den Turnus einzutragen.

b)

die im Turnussystem für die Abteilung 25 AR-G eingehenden gemäß § 36 Abs. 5 FamFG an den Güterichter verwiesenen Verfahren (Abteilung 25 AR-G),

Turnuszahl 1

c)

die für die Abteilung 4 AR-G eingehenden gemäß § 278 Abs.5 ZPO an den Güterichter verwiesenen Verfahren aus den Zivilabteilungen (Abteilung 4 AR-G)

Turnuszahl: 1

Vertreterin zu a): Richterin am Amtsgericht Gieseler

Weitere Vertreterin zu a): Richterin am Amtsgericht Heier

Vertreterin zu b) und c): Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner

2. Richterin am Amtsgericht Gieseler

Ihren bisherigen Bestand der Abteilungen 30 und 42 und die im Turnussystem für die Abteilung 30 und – soweit eine Bearbeitung durch den Richter in Betracht kommt – 42 eingehenden Familiensachen sowie die in Sachen des Familiengerichts anfallenden Rechtshilfeersuchen einschließlich der FH-Sachen, jeweils ohne Adoptionssachen.

Turnuszahl in Abteilung 30: 4

Turnuszahl in AR-Sachen und in Abteilung 42: 1

Vertreter: Richter am Amtsgericht Keutmann

Weitere Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Dr. Hüsemann

3. Richterin am Amtsgericht Heier

a)

den bisherigen Bestand der Abteilungen 26 und 42 und die im Turnussystem für die Abteilungen 26 und – soweit eine Bearbeitung durch den Richter in Betracht kommt - 42 eingehenden Familiensachen sowie die in Sachen des Familiengerichts anfallenden Rechtshilfeersuchen einschließlich der FH-Sachen, jeweils ohne Adoptionssachen.

Turnuszahl in Abteilung 26: 8

Turnuszahl in AR-Sachen und in Abteilung 42: 2

b)

den Bestand der Abteilung 41

c)

von den Sachen des Registers für Angelegenheiten des Betreuungsgerichts sowie der in diesen Sachen anfallenden Rechtshilfeersuchen den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben A (Abteilung 16),

d)

von den Anträgen auf betreuungsrechtliche Genehmigungen den bisherigen Bestand und die neu eingehenden Sachen mit den Anfangsbuchstaben A (Abteilung 16),

e)

von den Anträgen auf Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben A (Abteilung 16),

f)

Freiheitsentziehungssachen im Sinne von § 415 FamFG nach Bundes- und Landesrecht, soweit nicht anderweitig zugewiesen mit den Anfangsbuchstaben A (Abteilung 16)

Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Dr. Hüsemann

Weitere Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner

4. Richterin am Amtsgericht Dr. Hüsemann

a)

ihren bisherigen Bestand der Abteilungen 27 und 42 und die im Turnussystem für die Abteilungen 27 und– soweit eine Bearbeitung durch den Richter in Betracht kommt - 42 eingehenden Familiensachen sowie die in Sachen des Familiengerichts anfallenden Rechtshilfeersuchen einschließlich der FH-Sachen, jeweils ohne Adoptionssachen

Turnuszahl in Abteilung 27: 8

Turnuszahl in AR-Sachen und in Abteilung 42: 2

b)

von den Sachen des Registers für Angelegenheiten des Betreuungsgerichts sowie der in diesen Sachen anfallenden Rechtshilfeersuchen den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben T (Abteilung 16),

c)

von den Anträgen auf betreuungsrechtliche Genehmigungen ihren bisherigen Bestand und die neu eingehenden Sachen mit den Anfangsbuchstaben T (Abteilung 16),

d)

von den Anträgen auf Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben T (Abteilung 16),

e)

Freiheitsentziehungssachen im Sinne von § 415 FamFG nach Bundes- und Landesrecht, soweit nicht anderweitig zugewiesen mit den Anfangsbuchstaben T (Abteilung 16)

Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner

Weitere Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Heier

5. Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner

a)

ihren bisherigen Bestand der Abteilungen 39 und 42 und die im Turnussystem für die Abteilungen 39 und– soweit eine Bearbeitung durch den Richter in Betracht kommt - 42 eingehenden Familiensachen sowie die in Sachen des Familiengerichts anfallenden Rechtshilfeersuchen einschließlich der FH-Sachen, jeweils ohne Adoptionssachen

Turnuszahl in Abteilung 39: 8

Turnuszahl in AR-Sachen und in Abteilung 42: 2

b)

von den Sachen des Registers für Angelegenheiten des Betreuungsgerichts sowie der in diesen Sachen anfallenden Rechtshilfeersuchen den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben R (Abteilung 16),

c)

von den Anträgen auf betreuungsrechtliche Genehmigungen den bisherigen Bestand und die neu eingehenden Sachen mit den Anfangsbuchstaben R (Abteilung 16),

d)

von den Anträgen auf Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben R (Abteilung 16),

e)

Freiheitsentziehungssachen im Sinne von § 415 FamFG nach Bundes- und Landesrecht, soweit nicht anderweitig zugewiesen mit den Anfangsbuchstaben R (Abteilung 16)

f)

die im Turnussystem für die Abteilung 30 AR-G eingehenden gemäß § 36 Abs. 5 FamFG an den Güterichter verwiesenen Verfahren (Abteilung 30 AR-G),

Turnuszahl 1

g)

die für die Abteilung 29 AR-G eingehenden gemäß § 278 Abs.5 ZPO an den Güterichter verwiesenen Verfahren aus den Zivilabteilungen (Abteilung 4 CM)

Turnuszahl: 1

Vertreterin zu a) – e): Richterin am Amtsgericht Heier

Weitere Vertreterin zu a) – e): Richterin am Amtsgericht Dr. Hüsemann

Vertreter zu b) und c): Richter am Amtsgericht Keutmann

6. Richter am Amtsgericht Novara:

a)

von den Sachen des Registers für Angelegenheiten des Betreuungsgerichts sowie der in diesen Sachen anfallenden Rechtshilfeersuchen den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben B, E, G, H, I, K und L (Abteilung 16),

b)

von den Anträgen auf betreuungsrechtliche Genehmigungen den bisherigen Bestand und die neu eingehenden Sachen mit den Anfangsbuchstaben B, E, G, H, I, K und L (Abteilung 16),

c)

von den Anträgen auf Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben B, E, G, H, I, K und L (Abteilung 16),

d)

Freiheitsentziehungssachen im Sinne von § 415 FamFG nach Bundes- und Landesrecht, soweit nicht anderweitig zugewiesen mit den Anfangsbuchstaben B, E, G, H, I, K und L (Abteilung 16)

Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Lambertz-Blauert

Weitere Vertreter in dieser Reihenfolge: Richterin am Amtsgericht Striewe, Richterin am Amtsgericht Dr. Hüseemann, Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner, Richterin am Amtsgericht Heier

7. Richterin am Amtsgericht Lambertz-Blauert

a)

von den Sachen des Registers für Angelegenheiten des Betreuungsgerichts sowie der in diesen Sachen anfallenden Rechtshilfeersuchen den Bestand sowie die neu eingehenden Sachen der Betroffenen, soweit sie nicht anderweitig verteilt sind (Abteilung 16),

b)

von den Anträgen auf betreuungsrechtliche Genehmigungen den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen, soweit sie nicht anderweitig verteilt sind (Abteilung 16),

c)

von den Anträgen auf Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) den Bestand und die

neu eingehenden Sachen der Betroffenen, soweit sie nicht anderweitig verteilt sind
(Abteilung 16)

d)

Freiheitsentziehungssachen im Sinne von § 415 FamFG nach Bundes- und Landesrecht, soweit sie nicht anderweitig zugewiesen oder anderweitig verteilt sind
(Abteilung 16)

Vertreter: Richter am Amtsgericht Novara

Weitere Vertreter in dieser Reihenfolge: Richterin am Amtsgericht Striewe, Richterin am Amtsgericht Heier, Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner, Richterin am Amtsgericht Dr. Hüsemann

8. Richterin am Amtsgericht Striewe

a)

von den Sachen des Registers für Angelegenheiten des Betreuungsgerichts sowie der in diesen Sachen anfallenden Rechtshilfeersuchen den Bestand und die neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben D, F, N und U
(Abteilung 16),

b)

von den Anträgen auf betreuungsrechtliche Genehmigungen den bisherigen Bestand und die neu eingehenden Sachen mit den Anfangsbuchstaben D, F, N und U
(Abteilung 16),

c)

von den Anträgen auf Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) den Bestand und die

neu eingehenden Sachen der Betroffenen mit den Anfangsbuchstaben D, F, N und U (Abteilung 16),

d)

Freiheitsentziehungssachen im Sinne von § 415 FamFG nach Bundes- und Landesrecht, soweit nicht anderweitig zugewiesen mit den Anfangsbuchstaben D, F, N und U (Abteilung 16),

Vertreterinnen:

Richterin am Amtsgericht Dr. Hüsemann für die Buchstaben F und U

Richterin am Amtsgericht Heier für den Buchstaben D

Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner im übrigen

Die Richterinnen sind in der angeführten Reihenfolge jeweils weitere Vertreterinnen nach der vorhergehenden Vertreterin.

9. Unterbringungen, freiheitsentziehende Maßnahmen sowie Zwangsbehandlung

Abweichend von A. I. 1.-7. sind von montags bis freitags, mit Ausnahme von Feiertagen und sonstigen dienstfreien Tagen in der Zeit zwischen 8:00 Uhr und 16:00 Uhr die unten genannten Richter/innen für die Bearbeitung folgender an diesem Tag eingehenden Verfahren bzw. Anträge zuständig:

- Verfahren betreffend die Genehmigung oder Anordnung einer freiheitsentziehenden Unterbringung nach § 1831 BGB Abs. 1 und 2, auch in Verbindung mit Abs. 5 BGB
- Verfahren betreffen die Genehmigung oder Anordnung freiheitsentziehender Maßnahmen nach § 1831 Abs. 4, auch in Verbindung mit Abs. 5 BGB

- Verfahren betreffend die Genehmigung einer ärztlichen Zwangsmaßnahme, einschließlich einer Verbringung zu einem stationären Aufenthalt nach § 1832 Abs. 1, 2 und 4, auch in Verbindung mit Abs. 5 BGB

Maßgeblich für die Begründung der Zuständigkeit ist vorrangig der Zeitpunkt des Eingangs des Antrags oder der Mitteilung der Maßnahme. Diese Zuständigkeit gilt nicht für Anträge, die eine Verlängerung einer Maßnahme im Sinne der vorstehenden Regelung betreffen. Die Zuständigkeit besteht nur an dem jeweils bestimmten Tag. Sie kann auch Maßnahmen betreffen, die sich aus einer an einem früheren Tag getroffenen richterlichen Anordnung ergeben.

Ist der benannte Richter verhindert, tritt an dessen Stelle der Vertreter.

Die Zuständigkeit für anschließend in demselben Verfahren erforderlich werdende richterliche Handlungen richtet sich im übrigen nach den allgemeinen Regelungen.

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Lambertz-Blauert	Lambertz-Blauert	Novara	Dr. Hüsemann (1. Kalenderwoche) Damm-Zehetner (2. Kalenderwoche) Heier (3. Kalenderwoche) <u>(Danach im wöchentlichen Wechsel, ist der Donnerstag ein Feiertag, wird dieser nicht mitberücksichtigt)</u>	Novara

II.

Straf- und Bußgeldsachen

1. Richterin Wichmann

a)

den Bestand der Abteilungen 51 sowie die im Turnussystem für Abteilung 51 eingehenden Sachen des Strafrichters gegen Erwachsene sowie die Privatklagesachen.

Turnuszahl: 4

Abteilung 51 nimmt an den ersten 12 Turnusumläufen 2025 nicht teil. Die Zuständigkeit gemäß B.III. 3a) des Geschäftsverteilungsplans bleibt davon unberührt.

b)

die Verfahren betreffend Durchsuchungsanordnungen und Freiheitsentziehungssachen nach dem Aufenthaltsgesetz, soweit nicht Richterin Melzer zuständig (Abteilung 65),

c)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Sachen, soweit sie aus der Abteilung 70 stammen,

d)

die Gs-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren (einschließlich Verfahren nach § 9 StREG) betreffend Erwachsene mit den Endziffern des staatsanwaltlichen Aktenzeichens 5, 8 und 19-59 und die Verfahren, in denen noch kein staatsanwaltliches Aktenzeichen bekannt ist, mit den Anfangsbuchstaben C, F, S und

W des Beschuldigten bzw. des Geschädigten, falls noch kein Beschuldiger bekannt ist (Abteilung 57), soweit diese nicht anderweitig zugewiesen sind

Vertreterin: Richterin Melzer

Weitere Vertreter zu b) und d) in dieser Reihenfolge: Richterin am Amtsgericht Pierenkemper und Richter am Amtsgericht Conrad

2. Richterin Melzer:

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 55 sowie die im Turnussystem für Abteilung 55 eingehenden Sachen des Strafrichters gegen Erwachsene sowie die Privatklagesachen

Turnuszahl: 4

b)

die Verfahren betreffend Durchsuchungsanordnungen und Freiheitsentziehungssachen nach dem Aufenthaltsgesetz mit den Anfangsbuchstaben B, K-Z (Abteilung 168)

c)

die Gs-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren (einschließlich Verfahren nach § 9 StREG) betreffend Erwachsene mit den Endziffern des staatsanwaltlichen Aktenzeichens 0, 2 und 69-09 und die Verfahren, in denen noch kein staatsanwaltliches Aktenzeichen bekannt ist, mit den Anfangsbuchstaben B, I, K, P, Q und V des Beschuldigten bzw. des Geschädigten, falls noch kein Beschuldiger bekannt ist (Abteilung 56), soweit diese nicht anderweitig zugewiesen sind

d)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehoben und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Sachen, soweit sie aus den Abteilungen 50, 69, 71, 490 und 500 stammen,

Vertreterin: Richterin Wichmann

Weitere Vertreter zu b) und c) in dieser Reihenfolge: Richter am Amtsgericht Conrad und Richterin am Amtsgericht Pierenkemper

3. Richterin Rohde:

a)

den Bestand der Abteilungen 69 und 71 –soweit nicht anderweitig zugewiesen- und die im Turnussystem für Abteilung 71 eingehenden Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz gegen Erwachsene einschließlich der Anträge auf Anordnung von Erzwingungshaft, soweit eine gerichtliche Entscheidung zu vollstrecken ist, die in Abteilung 69 und 71 getroffen worden ist

Turnuszahl: 1

Abteilung 69 nimmt nicht am Turnus teil

b)

die im Turnussystem für Abteilung 52 eingehenden Sachen des Strafrichters gegen Erwachsene und die Privatklagesachen sowie den Bestand der Abteilung 52, soweit nicht anderweitig zugewiesen

Turnuszahl: 7

Vertreter: Richter am Amtsgericht Gottschalk

4. Richter am Amtsgericht Gottschalk

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 54 und die im Turnussystem für Abteilung 54 eingehenden Sachen des Strafrichters gegen Erwachsene sowie die Privatklegesachen,

Turnuszahl: 6

Geht ein Verfahren wegen Steuerstraftaten (§ 369 AO) vor dem Strafrichter ein, ist dieses in Abt. 54 unter Anrechnung auf den Turnus einzutragen. Geht das Verfahren mit Antrag auf Strafbefehl ein, werden in diesem Turnus zwei weitere Verfahren angerechnet. Wird Einspruch eingelegt, werden auch im Ds-Turnus zwei Verfahren angerechnet. Geht das Verfahren mit einer Anklage ein, werden zwei weitere Verfahren im Ds-Turnus angerechnet.

b)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückgewiesenen Sachen, soweit sie aus Abteilung 49 und 53 stammen,

c)

den bisherigen Bestand der Abteilungen 70 und die im Turnussystem für Abteilung 70 eingehenden Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz gegen Erwachsene einschließlich der Anträge auf Anordnung von Erzwingungshaft, soweit eine gerichtliche Entscheidung zu vollstrecken ist, die in Abteilung 70 getroffen worden ist

Turnuszahl: 1

d)

den bisherigen Bestand der Abteilungen 550 und 490 sowie die neu eingehenden beschleunigten Verfahren in Strafsachen, auch wenn Hauptverhandlungshaft beantragt worden ist, die neu eingehenden Verfahren sind in Abteilung 550 einzutragen

e)

die AR-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren betreffend Erwachsene, einschließlich der gem. § 462 a Abs. 2 (nicht: Abs. IV) StPO an das hiesige Amtsgericht abgegebenen Sachen (Abteilung 62 und 63)

Vertreterin: Richterin Rohde

5. Richterin am Amtsgericht Pierenkemper

a)

die Gs-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren (einschließlich Verfahren nach § 9 StREG) betreffend Erwachsene mit den Endziffern des Staatsanwaltlichen Aktenzeichens 1, 4 und 7, und die Gs-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren gegen Erwachsene, die nicht anderweitig zugewiesen sind (Abteilung 58),

b)

Verfahren nach dem Aufenthaltsgesetz, für die sie gemäß A. II.10. des Geschäftsverteilungsplans zuständig ist (Abteilung 169)

c)

den Bestand der Abteilung 49 und die im Turnussystem für Abteilung 49 eingehenden Sachen des Strafrichters gegen Erwachsene sowie die Privatklagesachen

Turnuszahl: 3

d)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückgewiesenen Sachen, soweit sie aus der Abteilung 550 stammen,

e)

den Bestand der Abteilung 50

Abteilung 50 nimmt nicht am Turnus teil

Vertreter zu a) und b): Richter am Amtsgericht Conrad

Weitere Vertreter zu a) in dieser Reihenfolge: Richterin Wichmann und Richterin Melzer

Vertreter im Übrigen: Direktor des Amtsgerichts Scheepers

6. Direktor des Amtsgerichts Scheepers

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 53 und die im Turnussystem für Abteilung 53 eingehenden Sachen des Strafrichters gegen Erwachsene sowie die Privatklagesachen

Turnuszahl: 4,

b)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückgewiesenen Sachen, soweit sie aus der Abteilung 55 stammen.

c)

die Geschäfte des zweiten Richters in den Sachen des erweiterten Schöffengerichts in den von einem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Verfahren,

d)

die Ablehnungsgesuche gegen Richter

e)

die Entscheidungen über Anträge auf Anordnung der Erzwingungshaft gegen Erwachsene, soweit nicht vom Amtsgericht Mönchengladbach getroffene Entscheidungen zu vollstrecken sind, mit den Anfangsbuchstaben A, C, D, J, N, O und P (Abteilung 75), H und I (Abteilung 78), F und G (Abteilung 81), M (Abteilung 77), S (Abteilung 82) sowie T bis Z (Abteilung 80)

Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Pierenkemper

7. Richter am Amtsgericht Conrad

a)

die Gs-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren (einschließlich Verfahren nach § 9 StREG) betreffend Erwachsene mit den Endziffern des staatsanwaltlichen Aktenzeichens 3 und 6 sowie die Verfahren, in denen noch kein staatsanwaltliches

Aktenzeichen bekannt ist, mit den Anfangsbuchstaben H, M und R des Beschuldigten bzw. des Geschädigten, falls noch kein Beschuldigter bekannt ist (Abteilung 59), soweit diese nicht anderweitig zugewiesen sind

b)

Verfahren nach dem Aufenthaltsgesetz, für die er gemäß A. II.10. des Geschäftsverteilungsplans zuständig ist (Abteilung 170)

c)

den bisherigen Bestand in Abteilung 91 und die im Turnussystem für Abteilung 91 eingehenden zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehörenden Strafsachen (Abteilung 91)

Turnuszahl: 2

d)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung zurückverwiesenen Sachen, soweit sie aus den Abteilungen 51 und 90 stammen,

e)

die Geschäfte des zweiten Richters in Sachen des erweiterten Schöffengerichts aus den von den Richtern am Amtsgericht Lang und Richterin am Amtsgericht Cramer bearbeiteten Dezernaten

f)

die in Ansehung der Wahl und Auslosung der Schöffen durch den Amtsrichter vorzunehmenden Geschäfte (§§ 49 ff., 77 GVG), soweit sie nicht durch den Jugendrichter vorzunehmen sind,

Vertreterin zu a) und b): Richterin am Amtsgericht Pierenkemper

Weitere Vertreter zu a) und b) in dieser Reihenfolge: Richterin Melzer und Richterin Wichmann

Vertreter im Übrigen: Richter am Amtsgericht Lang

Weitere Vertreterin im Übrigen: Richterin am Amtsgericht Cramer

8. Richter am Amtsgericht Lang

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 92 - soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Richters ausdrücklich bestimmt ist- und die im Turnussystem für Abteilung 92 eingehenden zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehörenden Strafsachen (Abteilung 92)

Turnuszahl: 2

b)

die Geschäfte des ersten Richters in den Sachen des erweiterten Schöffengerichts in den von einem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Verfahren, soweit die Verfahren ursprünglich aus den Abteilungen 90 und 91 stammen.

c)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Sachen, soweit sie aus den Abteilungen 52 und 91 stammen

Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Cramer

Weiterer Vertreter: Richter am Amtsgericht Conrad

9. Richterin am Amtsgericht Cramer

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 90 und die im Turnussystem für Abteilung 90 eingehenden zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehörenden Strafsachen (Abteilung 90)

Turnuszahl: 3

b)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Sachen, soweit sie aus den Abteilungen 54 und 92 stammen,

c)

die Geschäfte des zweiten Richters in Sachen des erweiterten Schöffengerichts aus dem von Richter am Amtsgericht Conrad bearbeitetem Dezernat

d)

die Geschäfte des ersten Richters in den Sachen des erweiterten Schöffengerichts in den von einem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Verfahren, soweit die Verfahren ursprünglich aus der Abteilung 92 stammen

e)

Entscheidungen über Anträge auf Anordnung der Erzwingungshaft gegen Erwachsene, soweit nicht vom Amtsgericht Mönchengladbach getroffene Entscheidungen zu vollstrecken sind, und soweit diese nicht anderweitig verteilt sind

Vertreter: Richter am Amtsgericht Conrad

Weiterer Vertreter: Richter am Amtsgericht Lang

10. Vorführungen in Haftsachen des Ermittlungsrichters in Erwachsenenstrafsachen und Freiheitsentziehungssachen nach dem Aufenthaltsgesetz

Für die Erledigung folgender richterlicher Handlungen sind montags bis freitags, mit Ausnahme von Feiertagen und sonstigen dienstfreien Tagen, in der Zeit zwischen 08:00 Uhr und 16:00 Uhr die unten genannten Richter zuständig. Ist der benannte Richter verhindert, treten an seine Stelle die jeweiligen Vertreter in der Reihenfolge ihrer Nennung:

- Vorführungen nach vorläufiger Festnahme eines Beschuldigten zur Entscheidung über einen Antrag auf Erlass eines Haft- oder Unterbringungsbefehls
- Vorführungen nach § 21 IRG (Anhörung des Verfolgten in Auslieferungssachen)
- Vorführungen in Freiheitsentziehungssachen nach dem Aufenthaltsgesetz (Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam)
- Verkündung von Haftbefehlen anderer Gerichte (§ 115a StPO)

Die Zuständigkeit für anschließend in demselben Verfahren erforderlich werdende richterliche Handlungen obliegt ebenso dem für die o.g. Vorführung zuständigen Richter. In der von ihm bearbeiteten Abteilung ist das jeweilige Verfahren einzutragen.

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Pierenkemper	Melzer	Wichmann	Conrad	Conrad (1. KW) Melzer (2. KW) Pierenkemper (3. KW) Wichmann (4. KW)

				Danach im wöchentlichen Wechsel
--	--	--	--	------------------------------------

11. Richterin am Amtsgericht Dr. Unzen

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 127 sowie die neu eingehenden Jugendschöffengerichtssachen aus den Amtsgerichtsbezirken Mönchengladbach-Rheydt und Erkelenz

b)

die nach den §§ 85, 88 JGG dem Jugendrichter Mönchengladbach übertragenen Bewährungsaufsichten, in denen die Verurteilung aus dem unter a) beschriebenen Dezernat stammt (Abteilung 101),

c)

die Gs-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren sowie die Verfahren betreffend die Entscheidungen nach § 9 des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen aus den Amtsgerichtsbezirken Mönchengladbach-Rheydt und Erkelenz betreffend Jugendliche und Heranwachsende, soweit dafür das Amtsgericht Mönchengladbach zuständig ist (Abteilung 106),

d)

die Gs-Sachen, soweit sie die Vernehmung von Personen unter 14 Jahren (Kindern) betreffen (Abteilung 106),

e)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückgewiesenen Sachen, soweit sie aus der Abteilung 128 oder 129 stammen,

f)

die dem Jugendrichter obliegenden Bewährungs- und Vollstreckungssachen, soweit die Verurteilung in Abteilung 113 erfolgte

Vertreter: Richter am Amtsgericht Toeller

Weiterer Vertreter: Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann

12. Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 126 sowie die neu eingehenden Jugendschöffengerichtssachen aus den Amtsgerichtsbezirken Mönchengladbach, Viersen und Grevenbroich gegen Beschuldigte mit den Anfangsbuchstaben A-K (Abteilung 126), für den Amtsgerichtsbezirk Grevenbroich mit Ausnahme des Buchstaben A

b)

die dem Amtsgericht Mönchengladbach zugewiesenen Wiederaufnahmeverfahren in Jugendschöffengerichts- und Jugendrichtersachen,

c)

die nach den §§ 85, 88 JGG dem Jugendrichter Mönchengladbach übertragenen Bewährungsaufsichten, in denen die Verurteilung aus einem unter a) und e) beschriebenen Dezernat stammt (Abteilung 100),

d)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehoben und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Sachen, soweit sie aus den Abteilungen 111, 112, 121 und 127 stammen,

e)

in den dem Strafrichter als Jugendrichter zugewiesenen Sachen einschließlich der Verfahren über Ordnungswidrigkeiten gegen Jugendliche und Heranwachsende den bisherigen Bestand der Abteilungen 110 und 120 sowie die neu eingehenden Sachen gegen Beschuldigte mit den Anfangsbuchstaben A-K (Abteilungen 110 und 120),

f)

die dem Jugendrichter gemäß § 45 Abs. 3 JGG vorzulegenden Sachen aus dem Buchstabenbereich entsprechend e) (Abteilung 110),

g)

die dem Jugendrichter zugewiesenen Vollstreckungssachen, soweit sie nicht einem Vorsitzenden eines Jugendschöffengerichts zugewiesen worden sind, aus dem Buchstabenbereich entsprechend e) (Abteilung 110),

h)

die Gs-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren sowie die Verfahren betreffend die Entscheidungen nach § 9 des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen betreffend Jugendliche und Heranwachsende aus den Amtsgerichtsbezirken Mönchengladbach, Viersen und Grevenbroich aus den Buchstabenbereichen entsprechend a) (Abteilung 105),

i)

die AR-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren betreffend Jugendliche und Heranwachsende aus dem Buchstabenbereich zu e) (Abteilung 110 und 120),

Vertreter: Richterin am Amtsgericht Dr. Unzen

weiterer Vertreter: Richter am Amtsgericht Toeller

13. Richter am Amtsgericht Toeller

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 128 sowie die neu eingehenden Jugendschöffengerichtssachen soweit nicht Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann oder Richterin am Amtsgericht Dr. Unzen zuständig sind (Abteilung 128)

b)

die nach den §§ 85, 88 JGG dem Jugendrichter Mönchengladbach übertragenen Bewährungsaufsichten, in denen die Verurteilung aus einem unter a) oder e) beschriebenen Dezernat stammt (Abteilung 102),

c)

die von dem Rechtsmittelgericht aufgehobenen und an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesenen Strafsachen, soweit sie nicht anderweitig verteilt sind,

d)

die in Ansehung der Wahl und Auslosung der Jugendschöffen durch den Jugendrichter vorzunehmenden Geschäfte (§ 35 JGG),

e)

in den dem Strafrichter als Jugendrichter zugewiesenen Sachen einschließlich der Verfahren über Ordnungswidrigkeiten gegen Jugendliche und Heranwachsende den bisherigen Bestand der Abteilungen 111 und 121 sowie die neu eingehenden Sachen gegen Beschuldigte mit den Anfangsbuchstaben L-Z (Abteilungen 111 und 121),

f)

die dem Jugendrichter gemäß § 45 Abs. 3 JGG vorzulegenden Sachen, soweit nicht Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann zuständig ist (Abteilung 111),

g)

die dem Jugendrichter zugewiesenen Vollstreckungssachen, soweit sie nicht einem Vorsitzenden eines Jugendschöffengerichts zugewiesen worden sind, aus dem Buchstabenbereich entsprechend e) (Abteilung 111),

h)

die Gs-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren sowie die Verfahren betreffend die Entscheidungen nach § 9 des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen betreffend Jugendliche und Heranwachsende, soweit

nicht Richterin am Amtsgericht Dr. Unzen oder Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann zuständig sind (Abteilung 107),

i)

die AR-Sachen in Straf- und Bußgeldverfahren betreffend Jugendliche und Heranwachsende, soweit nicht Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann zuständig ist (Abteilung 111 und 121),

j)

den Bestand der Abteilungen 112 und 129 sowie die Bewährungs- und Vollstreckungssachen aus diesen Abteilungen

Vertreter: Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann

Weitere Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Dr. Unzen

III. Insolvenz- und Handelsregistersachen sowie Zivil- und Zwangsvollstreckungssachen

1. Richter am Amtsgericht Pannhausen

a)

seinen bisherigen Bestand (Abteilung 36) und die im Turnussystem für Abteilung 36 eingehenden Sachen des Zivilprozessregisters und des allgemeinen Registers in Zivilsachen,

C-Sachen mit der Turnuszahl 10,

H- und AR-Sachen mit Turnuszahl 2,

b)

die Vollstreckungssachen gemäß § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AktO mit den Anfangsbuchstaben A, B, H, I M, P, R, S und U

c)

die Beratungshilfesachen,

d)

die dem Prozessgericht des ersten Rechtszuges zugewiesenen Zwangsvollstreckungsverfahren aus nicht mehr bestehenden Abteilungen,

e)

die Erbbaurechtsstreitigkeiten,

f)

die nicht verteilten Geschäfte

g)

Richterliche Anordnungen in Abteilung 4

Sind Anordnungen erforderlich, für die eine Zählkarte anzulegen ist, wird das Verfahren unter Anrechnung auf den Turnus in Abteilung 36 übertragen

h)

den Bestand der Abteilung 202

Vertreterin: Richterin Bösenecker

Weitere Vertreter in dieser Reihenfolge: Richterin am Amtsgericht Menrath, Richterin am Amtsgericht Mues und Richter am Amtsgericht Fleig

2. Richterin Bösenecker

a)

den bisherigen Bestand der Abteilung 35 und die im Turnussystem für Abteilung 35 eingehenden Sachen des Zivilprozessregisters und des allgemeinen Registers in Zivilsachen,

C-Sachen mit Turnuszahl 10

H- und AR-Sachen mit Turnuszahl 2,

b)

den Bestand der Abteilung 204

c)

die Sachen nach dem Polizeigesetz NW, nach dem OBG NW, dem BPolG sowie die Verfahren, in denen das Amtsgericht auf Antrag einer Verwaltungsbehörde zu entscheiden hat und nicht die Zuständigkeit eines anderen Richters bestimmt ist, gegen Betroffene mit den Anfangsbuchstaben A-K,

d)

die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 37 Abs. 1 Nr. 2 I) AktO gegen Betroffene mit den Anfangsbuchstaben A-K

Vertreter: Richter am Amtsgericht Fleig

Weitere Vertreter in dieser Reihenfolge: Richterin am Amtsgericht Dr. Mues,

Richterin Menrath und Richter am Amtsgericht Pannhausen

3. Richter am Amtsgericht Fleig

a)

seinen bisherigen Bestand der Abteilung 11 und die im Turnussystem für Abteilung 11 eingehenden Sachen des Zivilprozessregisters und des allgemeinen Registers in Zivilsachen,

C-Sachen mit der Turnuszahl 10;

H- und AR-Sachen mit Turnuszahl 2,

b)

den Bestand der Abteilung 203

c)

die Sachen nach dem Polizeigesetz NW, nach dem OBG NW, dem BPolG sowie die Verfahren, in denen das Amtsgericht auf Antrag einer Verwaltungsbehörde zu entscheiden hat und nicht die Zuständigkeit eines anderen Richters bestimmt ist, gegen Betroffene mit den Anfangsbuchstaben L-Z,

d)

die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 37 Abs. 1 Nr. 2 I) AktO gegen Betroffene mit den Anfangsbuchstaben L-Z,

Vertreterin zu c) und d): Richterin Bösenecker

Vertreter im Übrigen und weiterer Vertreter zu c) und d): Richter am Amtsgericht Pannhausen

Weitere Vertreter in dieser Reihenfolge insgesamt: Richterin am Amtsgericht Dr. Mues und Richterin Menrath, im übrigen Richterin Bösenecker

4. Richterin am Amtsgericht Menrath

a)

die im Turnussystem für Abteilung 29 eingehenden Sachen des Zivilprozessregisters und des allgemeinen Registers in Zivilsachen und den Bestand der Abteilung 29 soweit nicht anderweitig zugewiesen

C-Sachen mit Turnuszahl 5,

H- und AR-Sachen mit Turnuszahl 1,

b)

die Vollstreckungssachen gemäß § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AktO mit den Anfangsbuchstaben C, D, E, F, G, Q, T, V, Y und Z

c)

den Bestand der Abteilung 201 mit den geraden Endziffern

d)

Werden richterliche Anordnungen in Verfahren erforderlich, die noch in Abteilung 3 geführt werden, ist hierfür Richterin Menrath zuständig. Soweit dazu eine Zählkarte anzulegen ist, wird das Verfahren in Abteilung 29 übernommen.

Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Dr. Mues

Weitere Vertreter in dieser Reihenfolge: Richterin Bösenecker, Richter am Amtsgericht Fleig und Richter am Amtsgericht Pannhausen

5. Richterin am Amtsgericht Dr. Mues

a)

Den Bestand der Abteilung 2 und die im Turnussystem für Abteilung 2 eingehenden Sachen des Zivilprozessregisters und des allgemeinen Registers in Zivilsachen

C-Sachen mit Turnuszahl 5,

H- und AR-Sachen mit Turnuszahl 1,

Geht eine Sache im Sinne von § 43 Abs. 2 WEG ein, ist diese für Abteilung 2 unter Anrechnung auf den Turnus einzutragen.

b)

die Vollstreckungssachen gemäß § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AktO, soweit sie nicht anderweitig verteilt sind

c)

den Bestand der Abteilung 201 mit den ungeraden Endziffern

Vertreterin: Richterin Menrath

Weitere Vertreter in dieser Reihenfolge: Richterin am Amtsgericht Pannhausen, Richter am Amtsgericht Fleig und Richterin Bösenecker

6. Entscheidungen über Freiheitsentziehungen gemäß § 36 PolG und § 40 BPolG

Für die Erledigung richterlicher Handlungen im Zusammenhang mit polizeilichen Ingewahrsamnahmen oder sonstigen polizeilichen nicht strafprozessualen Freiheitsentziehungen insbesondere gemäß § 36 PolG und 40 BPolG sind montags bis freitags, mit Ausnahme von Feiertagen und sonstigen dienstfreien Tagen, in der Zeit zwischen 08:00 Uhr und 16:00 Uhr die unten genannten Richter mit Vorrang zu den allgemeinen Zuständigkeiten zuständig. Ist der benannte Richter verhindert, treten an seine Stelle die jeweiligen Vertreter in der Reihenfolge ihrer Nennung:

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Bösenecker	Fleig	Bösenecker	Fleig	Fleig (1. KW) Bösenecker (2. KW) Danach im wöchentlichen Wechsel

Die Zuständigkeit für anschließend in demselben Verfahren erforderlich werdende richterliche Handlungen obliegt ebenso dem für die o.g. Entscheidung zuständigen Richter.

7. Richter am Amtsgericht Koch

a)

seinen bisherigen Bestand an Verfahren nach der Insolvenzordnung und die neu eingehenden Verfahren nach der Insolvenzordnung mit den Anfangsbuchstaben A – K,

b)

die Konkurs- und Vergleichsverfahren mit den Anfangsbuchstaben A – K einschließlich des Bestandes aus diesem Buchstabenbereich,

c)

die Vollstreckungssachen gemäß § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und Nr. 2 AktO mit den Buchstaben A – K

d)

die Sachen der öffentlichen Register, einschließlich der unternehmensrechtlichen Verfahren, mit den Anfangsbuchstaben A – K,

e)

Grundbuchsachen mit den geraden Endziffern,

f)

die Entscheidungen, die nach dem Schiedsamtsgesetz Nordrhein-Westfalen dem Richter obliegen

g)

in den Nachlasssachen gemäß §§ 34, 35 AktO (Abteilung 15) sowie in sonstigen Handlungen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 2 AktO, soweit diese nicht anderweitig zugewiesen sind, sowie in Standesamtssachen den Bestand und die neu eingehenden Sachen mit den Anfangsbuchstaben A-K

Vertreter: Richter am Amtsgericht Flören

8. Richter am Amtsgericht Flören

a)

seinen bisherigen Bestand an Verfahren nach der Insolvenzordnung und die neu eingehenden Verfahren nach der Insolvenzordnung mit den Anfangsbuchstaben L – Z,

b)

die Konkurs- und Vergleichsverfahren mit den Anfangsbuchstaben L - Z einschließlich des Bestandes aus diesem Buchstabenbereich,

c)

die Vollstreckungssachen gemäß § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und Nr. 2 AktO mit den Buchstaben L - Z

d)

die Sachen der öffentlichen Register, einschließlich der unternehmensrechtlichen Verfahren, mit den Anfangsbuchstaben L - Z

e)

Grundbuchsachen mit den ungeraden Endziffern

f)

in den Nachlasssachen gemäß §§ 34, 35 AktO (Abteilung 15) sowie in sonstigen Handlungen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 2 AktO, soweit diese nicht anderweitig zugewiesen sind, sowie in Standesamtssachen den Bestand und die neu eingehenden Sachen mit den Anfangsbuchstaben L - Z

Vertreter: Richter am Amtsgericht Koch

B. Allgemeine Bestimmungen

I.

Für die Sachen des Zivilprozessregisters (C- und H-Sachen) und des allgemeinen Registers in Zivilsachen, für die Sachen des Registers für Familiensachen (F- und FH-Sachen) und des allgemeinen Registers in Familiensachen gilt folgende Regelung:

Die neu eingehenden Zivilprozesssachen (C- und H-Sachen) und die Sachen des allgemeinen Registers in Zivilsachen werden auf die Abteilungen, denen die Bearbeitung allgemeiner Zivilsachen übertragen ist, im Turnusverfahren verteilt.

Gleiches gilt für neu eingehende Sachen des Registers für Familiensachen (F- und FH-Sachen) und des allgemeinen Registers in Familiensachen.

Für die Verteilung im Turnusverfahren gelten die folgenden Regelungen:

1.

Es werden folgende Turnusbereiche gebildet:

- Zivilprozesssachen (C-Sachen)
- H-Sachen und Sachen des allgemeinen Registers in Zivilsachen
- gemäß § 278 Abs. 5 ZPO an den Güterichter verwiesene Verfahren
- allgemeine Familiensachen
- FH- und AR-Sachen in Familienangelegenheiten

- Verfahren aus Abteilung 42, soweit der Richter zuständig ist und
- an den Güterichter gemäß § 36 Abs. 5 FamFG abgegebene Verfahren.

2.

In der Poststelle (Wachtmeisterei) werden alle Neueingänge getrennt für Familien- und Zivilsachen in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Erfassung mit einer fortlaufenden Nummer versehen. Die zeitliche Reihenfolge der Erfassung in der Poststelle ist auch dann maßgeblich, wenn eine Sache zuvor bereits auf anderem Weg in den Geschäftsgang gelangt war. Stellt die Wachtmeisterei fest, dass ein Schriftsatz mehrfach – beispielsweise vorab per Fax und anschließend im Original oder sowohl als elektronischer als auch als Eingang in Papierform – eingegangen ist und handelt es sich bei diesem Schriftsatz um einen Neueingang, so fügt sie den später bearbeiteten Vorgang ohne Vergabe einer weiteren Nummer dem früher bearbeiteten Eingang bei.

Die fortlaufende Nummerierung beginnt neu am 1.1.2025.

Für Turnusbereiche, in denen die elektronische Akte eingeführt ist, gelten zusätzlich folgende Besonderheiten:

Nichtelektronische Neueingänge werden unter Beachtung der für Eilt-Sachen geltenden Sonderregelung der zuständigen Eingangsgeschäftsstelle einmal täglich vorgelegt. Diese vermerkt den Zeitpunkt der Vorlage. Die Eingangsgeschäftsstelle darf Neueingänge in Papierform ausschließlich von der Wachtmeisterei entgegennehmen. Neueingänge in Papierform, die bei einer anderen Stelle eingehen, sind unverzüglich der Wachtmeisterei zuzuleiten und dort nach Maßgabe der vorstehenden Regelungen zu erfassen.

3.

a)

In der jeweiligen Eingangsgeschäftsstelle werden die nummerierten Eingänge nach den Turnusbereichen des jeweiligen Fachbereichs sortiert.

Sodann wird den Neueingängen in den jeweiligen Turnusbereichen in der Reihenfolge der Nummerierung aus der Poststelle eine fortlaufende Nummer zugeteilt.

In Turnusbereichen, in denen die elektronische Akte eingeführt ist, werden die elektronischen Neueingänge, die seit dem am vorangegangenen Werktag von der Eingangsgeschäftsstelle vermerkten Zeitpunkt der Vorlage der Papiereingänge bis zu dem am aktuellen Werktag von der Eingangsgeschäftsstelle vermerkten Zeitpunkt der Vorlage der Papiereingänge im Posteingang der elektronischen Akte (e²A) eingegangen sind, zuerst, d.h. vor den Papiereingängen, nach der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs entsprechend den nachfolgenden Regelungen bearbeitet und verteilt. Sodann werden die Papiereingänge in der Reihenfolge der für diesen Turnusbereich durch die Eingangsgeschäftsstelle vergebenen Nummerierung verteilt. Hieraus ergibt sich die von der jeweiligen Eingangsgeschäftsstelle zu dokumentierende Reihenfolge der Eingänge.

In den übrigen Turnusbereichen wird die Verteilung entsprechend der durch die Eingangsgeschäftsstelle vergebenen Nummerierung vorgenommen.

Für die Verteilung von Neueingängen aus allen Turnusbereichen gelten folgende Regelungen: Die Verfahren werden entsprechend den Turnusregelungen unter Beachtung der Regelungen, aus denen sich Zuständigkeiten bestimmter Abteilungen ergeben (zB B I. Nr. 10) verteilt. Mit dem 1.1.2025 beginnt ein neuer Turnus. Die Verteilung erfolgt in der aufsteigenden Folge der Nummerierung der Abteilungen, beginnend mit der Abteilung mit der niedrigsten Nummer, soweit nicht im Geschäftsverteilungsplan eine Reihenfolge im Turnus festgelegt ist. Nach der Abteilung mit der höchsten Nummer beginnt die Verteilung in der Reihenfolge wieder bei der Abteilung mit der niedrigsten Nummer.

b)

Während der Öffnungszeit des Gerichtes in der Poststelle eingehende Eilt-Sachen werden dort mit der nächsten im Rahmen der fortlaufenden Nummerierung zu versehenden Nummer erfasst und unmittelbar der jeweiligen Eingangsgeschäftsstelle zugeleitet, die diese mit der nächstbereiten Nummerierung des betroffenen

Turnuskreises – vorrangig vor anderen bereits im Rahmen der fortlaufenden Nummerierung in der Poststelle erfassten, aber noch nicht im Turnus verteilten Neueingängen – versieht und entsprechend dem Turnus verteilt. Entsprechend ist mit elektronischen Eingängen für Fachbereiche zu verfahren, in denen die elektronische Akte eingeführt ist.

Eilt-Sachen sind in Zivilsachen Anträge auf einstweilige Verfügung, Arrest und einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung. In Familiensachen sind es Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung und einstweilige Einstellung der Vollstreckung. Das gilt jeweils auch, wenn diese Anträge zugleich mit einem Hauptsacheantrag gestellt werden.

c)

Innerhalb eines Turnusbereichs von einer Abteilung an eine andere Abteilung abgegebene Verfahren werden im Turnus der aufnehmenden Abteilung berücksichtigt, d.h. die aufnehmende Abteilung erhält im laufenden oder nächsten Zyklus dafür eine neue Sache weniger. Sie gelten nicht als Neueingänge im Sinne von B. I. Nr. 2.

4.

Gemäß § 36 Abs. 5 FamFG oder § 278 Abs. 5 ZPO an den Güterichter verwiesene Verfahren werden mit dem Zeitpunkt der Terminierung einer – ersten – Güteverhandlung mit der Turnuszahl 2 auf den Turnus in den Bereichen C, F und Ds angerechnet, soweit daran der jeweilige Güterichter teilnimmt. Kann der gemäß dem Turnus zuständige Richter die Gütesache nicht bearbeiten, da es ein Verfahren aus seiner richterlichen Zuständigkeit ist, wird das Verfahren in der anderen Güterichterrichterabteilung eingetragen unter Anrechnung auf den Turnus des dann für das Güterichterverfahren zuständigen Richters.

5.

Ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung oder eines Arrestes, der mit einem Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe verbunden ist, gilt nur als ein Eingang.

Wird während des laufenden Verfahrens ein solcher Antrag gestellt, so ist die für die Klage zuständige Abteilung zuständig; eine Anrechnung auf den Turnus erfolgt dann nicht. Entscheidungen oder sonstige richterliche Geschäfte über die Gewährung von Prozesskostenhilfe werden nach dem Turnus zugeteilt.

6.

Eine mit einem Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe verbundene Klage gilt nur als ein Eingang. Wird nach einem Verfahren über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe Klage erhoben, fällt diese Klage in die Zuständigkeit der Abteilung, welche über den Prozesskostenhilfeantrag entschieden hat, ohne dass eine Anrechnung auf den Turnus erfolgt. Besteht die zuständige Abteilung nicht mehr, wird die Klage wie ein Neueingang behandelt und im Turnusverfahren zugeteilt.

7.

Für weggelegte sowie für abgeschlossene Verfahren und/oder bei notwendigen weiteren Entscheidungen bleibt nach erneuter Aufnahme des Verfahrens und/oder bei notwendigen Entscheidungen die bisherige Abteilung zuständig. Eine Anrechnung auf den Turnus erfolgt nicht. Besteht die danach zuständige Abteilung nicht mehr, wird das Verfahren im Turnus wie ein Neueingang behandelt und zugeteilt.

Sofern in Abteilung 40 in Verfahren, die am 31.12.2017 nicht mehr laufend waren, richterliche Tätigkeit notwendig wird, gilt für die Zuständigkeit folgendes:

- Wäre ein Richter für eine neu eingehende Familiensache dieser Beteiligten gemäß B. I. 10. des Geschäftsverteilungsplans zuständig, ist er auch für die Bearbeitung in diesem nicht mehr laufenden Verfahren zuständig
- Ansonsten ist der Richter/die Richterin zuständig; der/die Abteilung 27 bearbeitet, die sich daraus ergebende Tätigkeit begründet keine Zuständigkeit nach B. I. 10. des Geschäftsverteilungsplans
- Wird aus einem solchen nicht mehr laufenden Verfahren eine richterliche Tätigkeit als neues Verfahren erforderlich (z.B. gemäß § 166 FamFG), bestimmt sich die Zuständigkeit dafür nach den allgemeinen Regelungen zum Turnus in

Familien­sachen; gleiches gilt, wenn ein bereits nicht mehr laufendes Verfahren fortgeführt wird.

8.

Nach Zurückverweisung oder nach Ablehnung einer Verfahrensübernahme durch ein anderes Gericht oder eine andere Zivilkammer oder nach erneuter Verweisung an das Amtsgericht Mönchengladbach nimmt ein Verfahren nur dann erneut am Turnus teil, wenn die ursprünglich mit der Sache befasste Abteilung nicht mehr am Turnus teilnimmt bzw. aufgelöst ist. Andernfalls bleibt diese Abteilung zuständig.

9.

Werden gleichzeitig mehrere Verfahren mit denselben Parteien und demselben Streitgegenstand anhängig gemacht, dann ist für dieses derjenige Richter zuständig, der sich aus der Verteilung des ersten Verfahrens ergibt. Dies gilt auch, wenn später die Verfahren bis auf eines zurückgenommen werden.

10.

Für Familien­sachen, die denselben Personenkreis betreffen, ist diejenige Abteilung zuständig, für die die erste diesen Personenkreis betreffende Familiensache eingetragen worden ist (Vorstück). Die neu eingegangene Sache wird auf den Turnus der zuständigen Abteilung angerechnet, d.h. bei der nächsten Verteilung erhält die zuständige Abteilung eine Sache weniger, wenn sie nicht den ihr aufgrund der Vorstückregelung zugewiesenen Neueingang ohnehin im Turnus erhalten hätte.

Vorstücke bleiben jedoch für die Geschäftsverteilung unberücksichtigt und führen somit nicht zu einer abweichenden Zuständigkeit, wenn sie vor dem 01.01.2020 eingegangen sind und am 31.12.2020 abgeschlossen waren.

Derselbe Personenkreis im Sinne des Absatzes 1 liegt vor, wenn die neu eingehende Sache die an einem früheren Verfahren beteiligten Ehegatten bzw. Lebenspartnern oder deren Kinder betrifft.

Dagegen handelt es sich nicht um denselben Personenkreis, wenn der Neueingang ein Rechtsverhältnis zum Gegenstand hat, dass in einer Ehe bzw. Lebenspartnerschaft begründet ist, die eine der beteiligten Personen mit einem Dritten geschlossen hat.

Folgesachen im Sinne des § 137 Abs. 2 FamFG haben auf die Turnusverteilung keinen Einfluss.

Werden gegen einen Beteiligten in Abteilungen, für deren Bestand mehrere Richter zuständig sind, mehrere Verfahren geführt, ist der für das nach dem Aktenzeichen älteste Verfahren zuständige Richter für alle diesen Beteiligten betreffende Verfahren in der jeweiligen Abteilung zuständig. Das gilt in diesem Fall auch für neu eingehende Sachen, solange noch ein früheres Verfahren anhängig ist. Für ein solches neues Verfahren erfolgt eine Anrechnung auf den Turnus, in dem der danach zuständige Richter am Turnus teilnimmt.

11.

Wenn in derselben Sache gleichzeitig und in einem Schriftsatz ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, eines Arrestes oder auf Beweissicherung im selbstständigen Beweisverfahren und eine damit verbundene Klage eingehen, gilt dies als ein Neueingang.

12.

In allen Fällen der Abtrennung werden die Verfahren von der ursprünglich zuständigen Abteilung weiterbearbeitet, ohne dass eine Anrechnung auf den Turnus erfolgt. Sind mehrere Richter in der Abteilung tätig, bleibt der Richter zuständig, der das Ursprungsverfahren bearbeitet.

13.

Wird gemäß § 147 ZPO die Verbindung mehrerer, bei verschiedenen Abteilungen anhängiger Verfahren angeordnet, so geht die weitere Behandlung der verbundenen

Sachen auf die Abteilung über, welche die Verbindung angeordnet hat. Die übernommenen Sachen werden nicht auf den Turnus angerechnet.

II.

Für die Insolvenzverfahren (IN-, IE-, IK-Sachen) gelten folgende Regelungen

1.

Für Insolvenzverfahren (IN-, IE-, IK-Sachen) wird ein gemeinschaftliches Eingangsbuch geführt, in welches die Sachen in der Reihenfolge ihres Einganges bei der Stelle, die das Eingangsbuch führt, eingetragen und mit der fortlaufenden Nummer versehen werden. Bei gleichzeitig eingehenden Sachen bestimmt sich die Reihenfolge der Eintragung nach dem in der alphabetischen Reihenfolge vorgehenden Anfangsbuchstaben des Schuldners, bei mehreren in einer Antragsschrift genannten Schuldnern ist derjenige mit dem im Alphabet vorgehenden Buchstaben maßgebend. Gehen gleichzeitig Sachen ein, bei denen der Anfangsbuchstabe gleich ist, so kommt es auf die folgenden Buchstaben des Namens an, bei gleichen Nachnamen ist der Vorname maßgebend.

2.

Für Insolvenzverfahren, die Schuldner betreffen, gegen die oder gegen deren Ehegatten oder Lebenspartner bereits Konkurs-, Vergleichs- oder Insolvenzverfahren anhängig und nicht abgeschlossen sind, ist derjenige Richter zuständig, für den die erste Insolvenzsache eingetragen worden ist. Die späteren Neueingänge werden in das Eingangsbuch vor den übrigen Insolvenzsachen bei den jeweils nächsten Nummern der für diese Sachen zuständigen Abteilung eingetragen. Bei gleichzeitigem Eingang mehrerer Sachen gilt die Regelung unter 1. Die Eintragung der übrigen Insolvenzsachen erfolgt alsdann bei den nächsten bereiten Nummern.

Stehen mehrere Eröffnungs-, Haupt- oder Restschuldbefreiungsverfahren in wirtschaftlichem und persönlichem Zusammenhang (bspw. Mutter- und

Tochtergesellschaft, Schwestergesellschaften, GbR und Gesellschafter), so ist allein der Richter zuständig, der für den zuerst eingegangenen Antrag zuständig ist. Bei gleichzeitigem Eingang mehrerer Sachen gilt die Regelung unter 1.

III.

Strafsachen gegen Erwachsene, die zur Zuständigkeit des Schöffengerichts und des Strafrichters gehören sowie Strafbefehlssachen gegen Erwachsene werden im Turnusverfahren verteilt.

Für die Verteilung im Turnusverfahren gelten die folgenden Regelungen:

1.

Es werden folgende Turnusbereiche gebildet:

- einer für die Sachen des Schöffengerichts (Ls- und Gs-Sachen; in Gs-Sachen nur, soweit der Vorsitzende des Schöffengerichts zuständig ist - zum Beispiel nach § 141 Abs. 3 und 4 StPO),
- einer für beschleunigte Verfahren nach §§ 417 ff StPO, auch wenn Hauptverhandlungshaft beantragt ist, wenn mehrere Richter für diese Verfahren zuständig sind
- einer für die Cs-Verfahren,
- einer für die Gs-Sachen, soweit der Strafrichter zu entscheiden hat, der für das Hauptverfahren zuständig wäre (z.B. §§ 153, 153a, 141 StPO)
- einer für die übrigen Sachen gegen Erwachsene (Ds- und Bs-Sachen) und
- einer für die Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz gegen Erwachsene – mit Ausnahme der Anträge auf Anordnung von Erziehungshaft–

In allen vorstehenden Turnusbereichen beginnt am 1.1.2025 ein neuer Turnus, beginnend in der Reihenfolge entsprechend der Regelung in B I. Ziffer 3 a).

2.

a)

Die Regelungen in B I. Ziff. 1-4, 7, 8, und 12 gelten in Strafsachen entsprechend, soweit nachfolgend nichts Abweichendes bestimmt ist. B I. 3 c) gilt dabei auch für Abgaben zwischen Strafrichter und Schöffengericht.

b)

Eilt-Sachen im Sinne von I. 3.b) sind in Strafsachen alle Verfahren, in denen mit dem Neueingang Haft oder die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis beantragt werden oder in denen im Ermittlungsverfahren entsprechende, noch fortwirkende Maßnahmen getroffen worden sind.

3.

a)

Geht eine Anklage, eine Antragsschrift (im beschleunigten, Strafbefehls- oder Abschiebeverfahren) oder ein Bußgeldverfahren gegen einen Beschuldigten/Betroffenen ein, gegen den nach dem 1. Januar 2021 ein Verfahren im selben Turnusbereich anhängig geworden war, so ist das richterliche Dezernat zuständig, für das das erste Verfahren eingetragen worden ist. Diese Regelung gilt für neue Verfahren gegen Einzelpersonen. Für neue Verfahren gegen mehrere Beschuldigten/Betroffenen gilt die Regelung dann, wenn zwischen dem ersten Verfahren und dem neuen Verfahren völlige Personenidentität besteht.

Dasselbe gilt für eingehende Anklagen, wenn in demselben Verfahren zuvor eine Gs-Sache (s. o. zu Ziff. 1., 4. Spiegelstrich) anhängig gewesen ist, für die ein zum Zeitpunkt des Eingangs der Anklage noch tätiger Strafrichter zuständig gewesen ist.

Die neu eingegangene Sache wird auf den Turnus der zuständigen Abteilung angerechnet, d.h. bei der nächsten Verteilung erhält die zuständige Abteilung eine Sache weniger, wenn sie nicht den ihr aufgrund der Vorstückregelung zugewiesenen Neueingang ohnehin im Turnus erhalten hätte.

Geht eine neue Sache gegen einen Beschuldigten ein, die dem Turnus in Ds- oder Cs-Sachen unterfällt, und ist gegen den Beschuldigten bereits ein Verfahren im Sinne der getroffenen Regelung in dem jeweils anderen Turnusbereich (also (Ds oder Cs) anhängig, gilt die Regelung zur Zuständigkeit des richterlichen Dezernates entsprechend. Die Anrechnung erfolgt in dem Turnus, zu dem das neue Verfahren gehört.

Wird durch den Jugendrichter bzw. den Vorsitzenden des Jugendschöffengerichts ein Verfahren vor dem Strafrichter oder dem Schöffengericht eröffnet, gilt der Eingang in deren Eingangsgeschäftsstelle als Zeitpunkt des Eingangs im Sinne der vorstehenden Regelungen.

Eine Zuständigkeit eines Richters, der nur im Bestand einer Abteilung zuständig ist, nicht aber an deren Turnus teilnimmt, wird in Strafsachen hierdurch nicht begründet.

b)

In den beschleunigten Verfahren in Strafsachen, auch wenn Hauptverhandlungshaft beantragt wird, beginnt der Turnus mit Abteilung 490. Für jedes in diesem Turnus eingetragene Verfahren, das durch Antrag auf Hauptverhandlungshaft eingeleitet worden ist, werden Abteilung 55 für die in 550 und Abteilung 51 für die in 490 eingetragenen Verfahren jeweils zwei Verfahren im Turnusbereich Strafrichter –Ds- angerechnet. Im übrigen gelten die Regelungen für die Turnusbereiche in Strafsachen entsprechend.

Die Zuständigkeit über die Erfassung im Turnus gilt ab der ersten Befassung des Gerichts mit der Sache, also insbesondere auch für den Antrag auf Anordnung der Hauptverhandlungshaft entsprechend § 127b StPO. Soweit ein anderer Richter in der Sache in Vertretung oder im Eildienst tätig wird, ändert das nichts an der in der Geschäftsverteilung geregelten Zuständigkeit.

4.

Wird eine Richterin/ein Richter aufgrund des Ausschlusses des zunächst zuständigen Richters gemäß § 22 StPO für die Bearbeitung zuständig, so bleibt er auch dann weiter zuständig, wenn der ausgeschlossene Richter die Abteilung verlässt, soweit nicht abweichendes ausdrücklich geregelt ist. Das Verfahren wird in diesem Fall unter Anrechnung auf den Turnus in die von dem dadurch zuständigen Richter bearbeiteten Abteilung übernommen, wenn er Verfahren gleicher Art bearbeitet.

5.

a)

Ist in Ermittlungsverfahren, für die nicht der Strafrichter oder das Schöffengericht der Hauptsache zuständig ist, das Amtsgericht Mönchengladbach bereits in einer Gs-Sache tätig gewesen, wird die neue Gs-Sache unabhängig von den anderweitigen Regelungen zur Verteilung in der Abteilung bearbeitet, die auch die frühere Sache bearbeitet hat, soweit diese ein gerichtliches Aktenzeichen aus 2024 oder später erhalten hatte. Das gilt nicht für Abteilungen, in denen Verfahren im Eil- und Bereitschaftsdienst eingetragen werden (z.B. Abteilung 60)).

b)

Ist für die Zuständigkeit in einer Gs-Sache ein Anfangsbuchstabe maßgeblich und gibt es mehrere Beschuldigte oder ggfs. Geschädigte, richtet sich die Zuständigkeit nach dem Anfangsbuchstaben, der im Alphabet vorgeht.

c)

Richtet sich ein Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene und Nichterwachsene, ist der Jugendrichter zuständig, es sei denn, es wird nur gegen Erwachsene Haftbefehl beantragt.

In diesem Fall ist der Richter für Gs-Sachen für Erwachsene für die Haftentscheidung und die dieser nachfolgenden Entscheidungen über die Untersuchungshaft zuständig.

In Verfahren gegen unbekannte Beschuldigte ist der Ermittlungsrichter für Erwachsene zuständig.

6.

a)

Kommen in Sachen des Jugendschöffengerichts Angeklagte aus mehreren Amtsgerichtsbezirken, so ist das Jugendschöffengericht zuständig, aus dessen Bezirk oder Bezirken die Mehrzahl der Angeklagten kommt. Bei gleicher Anzahl entscheidet der Anfangsbuchstabe des Familiennamens des ältesten Jugendlichen oder Heranwachsenden. Angeklagte, die bei Klageerhebung ohne festen Wohnsitz sind oder keinen Wohnsitz im Bezirk des Landgerichts Mönchengladbach haben, bleiben dabei außer Betracht. Fehlt es bei sämtlichen Angeklagten an einem festen Wohnsitz, so entscheidet nicht dieser, sondern der Tatort. Liegt der Tatort nicht im Bereich des Landgerichtsbezirks Mönchengladbach, so ist der Ergreifungsort maßgebend. Bei verschiedenen Ergreifungsorten ist Satz 1. entsprechend anzuwenden.

Erwachsene sind für die Zuständigkeitsbestimmung jeweils unerheblich.

b)

Kommen in Sachen des Jugendrichters und des Jugendschöffengerichts aus dem Bezirk Mönchengladbach, Grevenbroich oder Viersen Angeklagte aus verschiedenen Buchstabenbereichen, so entscheidet die Mehrzahl der Angeklagten über die Zuständigkeit. Bei gleicher Anzahl ist der Anfangsbuchstabe des ältesten Jugendlichen oder Heranwachsenden für die Zuständigkeit entscheidend. Erwachsene sind für die Zuständigkeitsbestimmung jeweils unerheblich.

c)

In Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende einschließlich Strafbefehls- und Bußgeldsachen bleibt der Richter auch für spätere Verfahrensabschnitte desselben staatsanwaltlichen Verfahrens zuständig, der für die erste richterliche Handlung in diesem Verfahren zuständig war. Bearbeitet dieser Richter keine Jugendstrafsachen mehr, ist der Richter zuständig, in dessen Zuständigkeit das Ermittlungsverfahren nunmehr fallen würde. Im Ermittlungsverfahren bleibt der Richter der Jugendabteilung zuständig, in der über die erste beantragte richterliche Untersuchungshandlung entschieden worden ist.

Durch Entscheidungen im Eildienst werden keine Zuständigkeiten für das weitere Verfahren begründet.

7.

a)

In Strafsachen ist im Falle der Verbindung von Verfahren der Richter für das verbundene Verfahren zuständig, in dessen Zuständigkeit die erste Anklage eines der zusammen geführten Verfahren eingegangen ist.

b)

Maßgebender Zeitpunkt für die Zuständigkeitsregelung ist der Eingang der Anklage oder des ihr entsprechenden Antrags. Das gilt auch, wenn im Ermittlungsverfahren richterliche Untersuchungshandlungen angeordnet worden sind.

8.

Durch Ausscheiden oder Wohnungswechsel eines Beschuldigten/Betroffenen wird die bisher begründete Zuständigkeit nicht berührt.

Dies gilt nicht, wenn Jugendliche oder Heranwachsende gemeinsam mit Erwachsenen angeklagt sind.

9.

Für Bewährungssachen in einer Abteilung, deren Bestand von mehreren Richtern bearbeitet wird, ist der Richter zuständig, der die darin neu eingehenden Sachen bearbeitet.

10.

Die Entscheidungen gemäß § 54 GVG obliegen dem Richter, der in der jeweiligen Abteilung die neu eingehenden Schöffen- bzw. Jugendschöffensachen bearbeitet.

11.

In Strafsachen und in Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz werden bei dem Amtsgericht Mönchengladbach die Verfahren in der elektronischen Akte geführt, die von der Staatsanwaltschaft oder der Verwaltungsbehörde als elektronische Akte übersandt werden. Dafür sind aus organisatorischen Gründen Unterabteilungen eingerichtet worden, in denen diese Verfahren geführt werden, also zB Abteilung 49e, 90e, 70e usw.

Die Verfahren in diesen Unterabteilungen werden von den Richtern und Richterinnen bearbeitet, die auch die Hauptabteilung bearbeiten, also wird zB Abteilung 49e derzeit von Richterin am Amtsgericht Pierenkemper bearbeitet. Die Turnusverteilung findet für Haupt- und Unterabteilung im Turnus der Hauptabteilung statt. In der Unterabteilung einzutragende Verfahren werden im Turnus der Hauptabteilung gezählt.

IV.

In Nachlasssachen werden ebenfalls E-Akten geführt, dies unter dem Aktenzeichen 15e. Zuständig sind die Richter gemäß der Regelung im Geschäftsverteilungsplan auch in diesen Sachen.

V.

Im Übrigen gilt:

1.

a)

Soweit Geschäfte nach Buchstaben verteilt werden, ist der Anfangsbuchstabe des Namens (nicht Vornamens und ohne akademischen Grad) des Beklagten, des Schuldners, des Beschuldigten oder des Betroffenen, des Antragsgegners oder des Kindes im Zeitpunkt des Eingangs der Sache maßgebend.

In Personenstandssachen ist der Anfangsbuchstabe desjenigen maßgeblich, den die zu ändernde Urkunde betrifft oder für den eine Eintragung erfolgen soll. Ergibt sich daraus noch keine Zuständigkeitsbestimmung ist der Anfangsbuchstabe des Namens des Antragstellers maßgeblich, sofern es sich nicht um eine Behörde handelt. Ergibt sich aus vorstehendem keine Zuständigkeit, ist der Richter zuständig, der für den Buchstaben A zuständig ist.

Bei einer Personenmehrzahl in Verfahren, die nicht Straf- oder Bußgeldsachen betreffen, richtet sich die Zuständigkeit nach dem in der alphabetischen Reihenfolge vorgehenden Anfangsbuchstaben des Namens oder des nach Nr. 3 und 4 maßgebenden Wohnortes. In Straf- und Bußgeldsachen mit mehreren Beschuldigten/Betroffenen richtet sich die Zuständigkeit nach der Mehrzahl der Anfangsbuchstaben der Namen; bei gleicher Anzahl entscheidet der Anfangsbuchstabe des Namens des ältesten Beschuldigten/Betroffenen.

b)

Besteht der Familienname aus mehreren Wörtern, so ist der Anfangsbuchstabe des ersten großgeschriebenen Wortes maßgebend, z. B.: von Schell = S.

Besteht der Name aus Geburts- und Familiennamen, so ist in Familiensachen der Anfangsbuchstabe des Familiennamens maßgebend, z. B. Schmitz-Meyers = M.

c)

Als Wort im Sinne von a) gelten auch Kunstworte und einzelne herausgestellte Buchstaben, z. B.: Er und Sie = E.

2.

Bei Einzelfirmen, Personengesellschaften und juristischen Personen ist der in der Bezeichnung enthaltene erste Buchstabe maßgeblich. Dabei bleiben jedoch das Wort „Firma“ und die Artikel sowie akademische Grade außer Betracht, z. B.: Die junge Mode = J. Beginnt die Bezeichnung mit einer Zahl, ist der erste Buchstabe der ersten ausgeschriebenen Zahl maßgeblich (etwa 94 Dinge GmbH=N; 299 Dinge GmbH=Z)

3.

Bei Kirchen und Synagogengemeinden, Gebietskörperschaften sowie öffentlichen Krankenanstalten ist maßgebend der Anfangsbuchstabe der in dem Namen enthaltenen Orts- oder Gebietsbezeichnung. Fehlt eine solche Bezeichnung, so entscheidet der Anfangsbuchstabe der politischen Gemeinde, an der sich der Sitz der Körperschaft befindet, z. B.: Stadt

Mönchengladbach = M, Kirchengemeinde St. Elisabeth Mönchengladbach = M.

4.

Soweit nach Nr. 1 bis 3 die Zuständigkeit nicht bestimmt werden kann, richtet sie sich nach dem Anfangsbuchstaben des ersten Wortes der Bezeichnung des Beklagten, des Schuldners, des Antragsgegners, z. B. Volkswagenwerk = V.

5.

Bei Nachlassverwaltungen und Testamentsvollstreckern bestimmt sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Erblassers.

6.

Bei Konkurs-/Insolvenzverfahren ist entscheidend die Firma oder der Name des Gemein-/Insolvenzschuldners. Bei einer GbR bleiben das Wort „Firma“ und die Artikel sowie akademische Grade außer Betracht. Bei Einzelkaufleuten ist der Name des Inhabers maßgeblich.

7.

Bei aufgegebenen Grundstücken ist der Name des zuletzt eingetragenen Eigentümers maßgebend.

8.

In den Angelegenheiten des Betreuungsgerichts ändert sich eine einmal begründete Zuständigkeit durch einen Namenswechsel des/der Betroffenen nicht.

9.

In Betreuungssachen ist in Verfahren, in denen Ehegatten betroffen sind, derjenige Richter zuständig, der die älteste Sache gegen einen der Betroffenen bearbeitet.

10.

In Verfahren betreffend die Verhaftung nach dem Aufenthaltsgesetz gilt die Regelung aus Nr. 9. mit der Maßgabe entsprechend, dass die älteste Sache nicht länger als einen Monat zuvor anhängig geworden ist.

11.

Für Anmeldungen nach dem Umwandlungsgesetz, bei denen sowohl der übertragende als auch der übernehmende Rechtsträger im Handelsregister des Amtsgerichts Mönchengladbach eingetragen ist bzw. der neue Rechtsträger in das Handelsregister des Amtsgerichts Mönchengladbach einzutragen sein wird, ist ausschließlich der Richter zuständig, der nach den Bestimmungen des Abschnitts A.

für den übertragenden Rechtsträger mit der niedrigsten Registernummer zuständig ist.

12.

Bei Anmeldungen oder Anträgen zu Rechtsträgern, die in einem öffentlichen Register des Amtsgerichts Mönchengladbach eingetragen sind, ist derjenige Richter für die Bearbeitung zuständig, der für den/die im Register eingetragene/n Namen/Firma zuständig ist; im übrigen richtet sich die Zuständigkeit nach dem einzutragenden Namen/der einzutragenden Firma.

VI.

1.

Ist der festgelegte Vertreter verhindert, so treten die Richter in der Reihenfolge der für sie maßgebenden anliegenden Listen A bis C als Vertreter ein, beginnend mit dem Nachfolgenden des Vertretenen und bei Verhinderung auch des in der Liste zuletzt aufgeführten Richters fortsetzend - nun in aufsteigender Reihenfolge - mit den Vorgehenden des Vertretenen.

2.

Sind auch alle anderen Richter aus der jeweiligen Liste A bis C verhindert, so treten die Richter aus der Gesamtliste D entsprechend der unter 1. festgelegten Reihenfolge ein.

VII.

Es können aus organisatorischen Gründen Unterabteilungen mit einem Buchstabenzusatz eingerichtet werden (z.B. 53a). Hierin können solche Verfahren eingetragen werden, für die der Richter zuständig ist, der für die Hauptabteilung zuständig ist (im Beispiel für Abteilung 53). Nur die Hauptabteilung nimmt am Turnus teil, nur Verfahren, die in der jeweiligen Hauptabteilung einzutragen wären oder

eingetragen worden sind, können ohne Änderung der richterlichen Zuständigkeit in die jeweilige Unterabteilung genommen werden.

VIII.

Laufende Verfahren im Sinne der Geschäftsverteilung sind solche, in denen die Zählkarte weder ausgetragen noch austragungsreif ist.

C. Richterlicher Bereitschaftsdienst

Aufgrund der 12. Verordnung zur Änderung der Bereitschaftsdienstverordnung - § 22c GVG – des Landes Nordrhein-Westfalen wurden die Geschäfte des Bereitschaftsdienstes für die Amtsgerichte Erkelenz, Grevenbroich, Mönchengladbach, Mönchengladbach-Rheydt und Viersen ab dem 01.07.2023 dem Amtsgericht Mönchengladbach zugewiesen. Die Geschäftsverteilung für den Bereitschaftsdienst ergibt sich aus den Regelungen des Landgerichts Mönchengladbach für die Geschäftsverteilung in 2025.

D. Richterlicher Notfalldienst

Im Falle eines flächendeckenden, länger andauernden Stromausfalls, von dem auch das Amtsgericht Mönchengladbach betroffen ist und in dem eine Erledigung richterlicher Geschäfte in einem normalen Dienstbetrieb deshalb nicht mehr möglich ist, wird ein richterlicher Notfalldienst im Polizeipräsidium eingerichtet, das über eine Notstromversorgung verfügt. Ob eine solche Lage vorliegt, stellt das Präsidium fest, ggfs. durch eine Entscheidung des Direktors oder seiner Vertretung (§§ 21h, 21i Abs. 2 GVG). Kann eine derartige Entscheidung aufgrund der Lage nicht getroffen werden oder können die eingeteilten Richter weder mit dem Direktor noch seiner ständigen Vertreterin kommunizieren, gilt der Fall als eingetreten.

I.

Der Dienst im Polizeipräsidium wird entsprechend dem nachfolgenden Plan durch die darin angeführten Richter (im folgenden Notfallrichter) wahrgenommen. Eingeteilt sind jeweils 2 Richter.

Der Dienst beginnt jeweils um 11.00 Uhr. Die Richter sind zuständig für unaufschiebbare Angelegenheiten. Sobald die bei Beginn des Dienstes vorliegenden und die während ihrer Anwesenheit ihnen weiter vorgelegten Angelegenheiten erledigt sind, endet der Dienst im Polizeipräsidium für diesen Tag, frühestens jedoch um 15.00 Uhr. Sind Dienstgeschäfte außerhalb des Polizeipräsidioms zu erledigen und dort alle angefallenen Angelegenheiten bearbeitet, kann dies auch in der Zeit vor 15.00 Uhr geschehen. Ein Richter muss stets bis jedenfalls 15.00 Uhr im Polizeipräsidium anwesend sein.

Wochentag	Notfallrichter I	Notfallrichter II
Montag	Scheepers	Menrath
Dienstag	Flören	Lambertz-Blauert
Mittwoch	Pannhausen	Rohde
Donnerstag	Dr. Mues	Dr. Unzen
Freitag	Cramer	Damm-Zehetner

An Samstagen, Sonntagen, Feiertagen und den dienstfreien Werktagen (z.B. Heiligabend und Silvester) wird der Notfalldienst durch den zentralisierten Eil- und Bereitschaftsdienst wahrgenommen.

II.

Die vorstehende Regelung gilt entsprechend für vergleichbare notstandsähnliche Lagen (z.B. durch Naturkatastrophen).

III.

Durch Entscheidungen im Notfalldienst werden keine Zuständigkeiten für das weitere Verfahren begründet, sie begründen keine Vorbefassung im Sinne der Regelungen des Geschäftsverteilungsplans.

Mönchengladbach, den 17.12.2024

Das Präsidium des Amtsgerichts

Scheepers

Gieseler

Flören

Pannhausen

Toeller

Damm-Zehetner

Fleig

E. Anlagen zum Geschäftsverteilungsplan

Anlage A

(Zivilrichter)

Richter am Amtsgericht Koch

Richterin am Amtsgericht Dr. Mues

Richter am Amtsgericht Flören

Richter am Amtsgericht Pannhausen

Richter am Amtsgericht Fleig

Richterin Menrath

Richterin Bösenecker

Anlage B

(Strafrichter)

Direktor des Amtsgericht Scheepers

Richterin am Amtsgericht Pierenkemper

Richterin am Amtsgericht Cramer

Richter am Amtsgericht Toeller

Richterin am Amtsgericht Dr. Unzen

Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann

Richter am Amtsgericht Lang

Richter am Amtsgericht Gottschalk

Richter am Amtsgericht Conrad

Richterin Rohde

Richterin Melzer

Richterin Wichmann

Anlage C

(Familienrichter)

Richterin am Amtsgericht Gieseler

Richterin am Amtsgericht Striewe

Richterin am Amtsgericht Lambertz-Blauert

Richterin am Amtsgericht Dr. Hüsemann

Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner

Richter am Amtsgericht Keutmann

Richter am Amtsgericht Novara

Richterin am Amtsgericht Heier

Anlage D

(Gesamtliste der Richter des Amtsgerichts Mönchengladbach)

Direktor des Amtsgericht Scheepers

Richterin am Amtsgericht Pierenkemper

Richter am Amtsgericht Koch

Richterin am Amtsgericht Gieseler

Richterin am Amtsgericht Striewe

Richterin am Amtsgericht Cramer

Richterin am Amtsgericht Lambertz-Blauert

Richterin am Amtsgericht Dr. Hüsemann

Richterin am Amtsgericht Dr. Mues

Richter am Amtsgericht Flören

Richter am Amtsgericht Pannhausen

Richter am Amtsgericht Toeller

Richterin am Amtsgericht Dr. Unzen

Richterin am Amtsgericht Damm-Zehetner

Richter am Amtsgericht Keutmann

Richter am Amtsgericht Dr. Ohrmann

Richter am Amtsgericht Fleig

Richter am Amtsgericht Novara

Richter am Amtsgericht Lang

Richter am Amtsgericht Gottschalk

Richter am Amtsgericht Conrad

Richterin am Amtsgericht Heier

Richterin Rohde

Richterin Melzer

Richterin Menrath

Richterin Bösenecker

Richterin Wichmann